

Meinung | 05.04.13 | Schuldenmisere

## Die vier großen Lügen in der Euro-Debatte

Es gibt viele Argumente in der Diskussion über Europas Schuldenmisere. Einige davon werden gebetsmühlenartig wiederholt – obwohl sie falsch sind. Vier Aussagen, auf die Sie nicht hereinfallen sollten. *Von Michael Heise*



Foto: dpa

Die Zypriern protestieren gegen Europas Rettungspläne – dabei helfen diese nicht nur den Banken, wie viele meinen, sondern auch den Kleinsparern

Die Geschehnisse in Zypern (Link: <http://www.welt.de/114999272>) haben erneut die Komplexität der Banken- und Staatsschuldenkrise aufgezeigt. In der öffentlichen Meinung der Bevölkerung des Inselstaats, aber auch anderer Länder wie Griechenland, waren mit der EU oder der Bundesrepublik Deutschland schnell die Schuldigen ausgemacht worden.

Aber auch in der medialen Debatte in Ländern wie Deutschland sind unzulässige didaktische Vereinfachungen an der Tagesordnung. Oft werden Tatsachen auf den Kopf gestellt und irreführende Thesen in endloser Schleife von Talkshow zu Talkshow wiederholt. Gehaltvolle Diskussionen werden damit unterbunden. Einige Kostproben dieser verdrehten Argumente:

### Schützen Rettungsschirme nur Banken?

Dass die Rettungsschirme der EU gar nicht zum Schutz der Bürger, sondern allein zum Schutz der Banken (Link: <http://www.welt.de/114987190>) und der Finanzhaie aufgespannt worden sind, scheint allgemein akzeptiert zu sein, selbst bei manchen bürgerlichen Politikern. Richtig? Nein, falsch!

Soweit Gelder der Rettungsschirme für die Stabilisierung von Banken verwendet werden, ist das im ureigensten Interesse des Bürgers und geschieht seinerwegen. Der gewaltige Protest der Menschen in Zypern ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Allgemeinheit von Bankenpleiten betroffen ist. Die begrenzte und an Bedingungen geknüpfte Verwendung von EU-Geldern für die Bankenstabilisierung ist daher sinnvoll.

Die Schuldfrage, wer für die Probleme eigentlich verantwortlich ist, erhitzt zu Recht die Gemüter, führt aber mitten in einer Vertrauenskrise nicht zu einer Lösung des Problems. Was passieren kann, wenn man kategorisch die Rettung von Banken ausschließt, zeigt der Fall der Investmentbank Lehman, der die schärfste Rezession weltweit seit den Dreißigerjahren auslöste, in deren Verlauf Millionen Menschen ihre Arbeit verloren und Einkommen und Vermögen drastisch zurückgingen.

Die europäischen Rettungsschirme haben ein zweites Lehman verhindert und damit auch den Bürger geschützt. Außerdem ist zu sehen, dass der Einsatz von Rettungsschirmen zur Verhinderung von Staatspleiten nicht nur die Finanzinstitute schützt, sondern eben auch die Vermögen von Kleinsparern. Direkt dürften die privaten Sparer im Euro-Raum Staatsanleihen von 800 Milliarden Euro halten, noch größere Summen kommen durch Investmentfonds, Pensionseinrichtungen und Lebensversicherungen hinzu. Der kleine Sparer hat also etliche Karten im Spiel.

### **Zahlen wir die Zeche für den Süden?**

So, wie in manchen Krisenländern die deutsche Politik gerne für die Probleme verantwortlich gemacht wird, wird in unseren Talkshowdebatten regelmäßig behauptet, dass der deutsche Arbeitnehmer die Zeche für die Schuldenexzesse im Süden zahlt. Dabei wird nicht erwähnt, dass bislang keine Transfers von Steuergeldern zwischen den Euro-Ländern geflossen sind, sondern lediglich Haftungsrisiken eingegangen wurden.

Selbst in der Umschuldung Griechenlands hat der öffentliche Sektor – also der Steuerzahler – nicht verzichten müssen. Das ist auch richtig so. Auch die Arbeitsmarktzahlen geben es nicht her, den deutschen Arbeitnehmer zum Verlierer zu stempeln. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist derzeit um 1,3 Millionen höher als Ende 2009, am Beginn der Schuldenkrise.

Oder haben deutsche Arbeitnehmer heute eine höhere Abgabenquote zu tragen als damals? Auch hier eine Fehlannonce. Die Botschaft mit dem "Zechezahlen" kann also nur auf die Zukunft gerichtet sein. Angesichts der Anpassungserfolge in den südeuropäischen Ländern ist dies kaum mehr als ein Kassandrarauf.

### **Was bringt ein Schuldenschnitt?**

Um die These dennoch zu belegen, findet sich in nahezu jeder öffentlichen Diskussionsrunde jemand mit dem lapidaren Hinweis, dass die Schulden der Problemländer sowieso irgendwann gestrichen werden müssen – also besser gleich. Gerade wer die Belastungen des "kleinen Mannes" beklagt, sollte sich mit solchen Forderungen zurückhalten.

Ein Schuldenschnitt für größere Länder wäre eine Vermögensvernichtung sondergleichen und würde die ganze Euro-Zone in eine lang anhaltende Rezession ziehen. Die bessere Alternative ist es, die Regierungen zum Sparen anzuhalten und gleichzeitig wirtschaftspolitische Reformen einzufordern, die wieder Wachstum erzeugen. Aber auch dies wird vielfach mit dem Verweis auf eine unvermeidbare Abwärtsspirale durch die sogenannte Austeritätspolitik weggewischt.

Natürlich reicht Sparen alleine nicht, es muss begleitet sein von Strukturreformen. Viele Länder haben in der Vergangenheit bewiesen, dass dies zum Erfolg führt, und viele europäische Länder folgen derzeit genau diesem Rezept. Sie haben damit bereits ihre Exporte gesteigert und außenwirtschaftliche Defizite weitgehend beseitigt, ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert und ihre Fiskaldefizite trotz rezessiver Entwicklung erheblich reduziert. Damit haben sie die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum gelegt, das in diesem, spätestens im nächsten Jahr auch zurückkehren wird.

### **Ist die Euro-Zone unflexibel?**

Wenn die Aussichtslosigkeit der Situation verdeutlicht werden soll, wird zuweilen zu drastischen Bildern gegriffen: Der Euro sei wie ein Zug. Wenn ein Wagen schneller fährt als ein anderer, muss alles auseinanderfliegen, weil keine flexiblen Stoßdämpfer (sprich: Wechselkurse) vorhanden sind. Klingt überzeugend? Ist aber falsch.

Sehr unterschiedliche Wirtschaftsregionen können durchaus mit einer Währung fahren – siehe die Vereinigten Staaten. Worauf es ankommt, ist eine angemessene politische Reaktion, Lohnflexibilität, Mobilität von Arbeitskräften und Kapital sowie eine gute regionale Standortpolitik.

Mit allzu einfachen Wahrheiten ist also Vorsicht geboten. Es gibt genügend Probleme, die einer sachlichen Diskussion bedürfen. Welche Reformen bringen Wachstum, wie stark sollte das Sparen forciert werden, wie kann die Architektur des Euro-Raumes verbessert werden, und wie verhindert man Trittbrettfahrerverhalten in Zukunft? Leider kommen solche Fragen in unseren Talkshows selten vor.

*Michael Heise ist Chefvolkswirt der Allianz Group*

